

10. Jahrestag für menschenwürdige Arbeit – TUT ES EINFACH!

Am 7. Oktober 2018 „feiern“ wir den 10. Jahrestag des Welttags für menschenwürdige Arbeit: 10 Jahre, in denen die Gewerkschaften auf der ganzen Welt darum gekämpft haben, das Thema menschenwürdige Arbeit in den Mittelpunkt der Regierungspolitik zu rücken und zu einem Wirtschaftswachstum zurückzukehren, bei dem die Menschen vor Profit gestellt werden.

In den letzten 10 Jahren fand das Thema menschenwürdige Arbeit Eingang in die Arbeit wichtiger globaler Bewegungen, wie der Zweiten Dekade der Vereinten Nationen für die Beseitigung der Armut (2008-2017), der Konferenz über nachhaltige Entwicklung (2011), und ebenfalls bei der UN-Generalversammlung im September 2015. Menschenwürdige Arbeit und die vier Säulen der IAO-Agenda für menschenwürdige Arbeit stehen im Zentrum der neuen Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Zielsetzung 8 der Agenda 2030 ruft dazu auf, ein anhaltendes, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu fördern und für volle und produktive Beschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle zu sorgen.

Doch dieses Jahrzehnt erlebte auch die globale Finanzkrise von 2007-2008, eine der schlimmsten in der Geschichte. Die Staatsoberhäupter reagierten mit Sparmaßnahmen; die Folge: Arbeitslosigkeit, informelle und prekäre Beschäftigung, Privatisierung und Deregulierung. Dadurch wurde die Kluft zwischen dem reichsten 1% und den „restlichen“ 99% nur noch größer. Das Ziel der menschenwürdigen Arbeit erlitt dabei einen massiven Rückschlag.

Fügt man noch die Veränderungen hinzu, die das Internet der Arbeitswelt beschert hat, etwa die über Online-Plattformen betriebene Gig Economy oder die Digitalisierung mit ihren turbulenten Folgen für die Arbeitsbeziehungen, dann erschwert das die Forderung nach menschenwürdiger Arbeit zusätzlich.

Infolge der Krise sind ganz neue Formen des Kapitalismus entstanden; sie konfrontieren uns mit neuen Arbeitsverhältnissen wie der „Uberisierung“ der Arbeit – das ist nicht die Zukunft der Arbeit, die wir wollen. Es häufen sich Vorschläge, öffentliche Dienste zu privatisieren, zu finanzialisieren und die Vermögenswerte dieser Dienste auf den Kapitalmarkt zu bringen – was im Grunde nichts anderes heißt, als sie den Spekulationen des Finanzsektors zu überlassen. Öffentliche Kassen werden geleert, um bankrotte Finanzinstitutionen zu retten – und dennoch: Beschäftigte und Gewerkschaften wehren sich.

PSI

- Unterstützt die Gewerkschaften des öffentlichen Sektors, die Verbindungen zwischen Staatsfinanzen und menschenwürdiger Arbeit nicht nur zu verstehen, sondern sie auch zu beeinflussen: wenn Konzerne und die Reichsten der Welt fortdauernd keine Steuern zahlen, wird der Staat weiterhin finanziell ausgehungert, und öffentliche Dienste werden untergraben. Dabei werden die Arbeitsbedingungen als Erstes geopfert – knapp gefolgt von unseren Gemeinden.
- führt den Widerstand gegen die jüngsten Vorschläge an, öffentliche Dienste zu privatisieren und zu finanzialisieren, was zur Folge hätte, dass unsere öffentlichen Vermögenswerte gerade den Finanzinstitutionen ausgehändigt werden, deren Gier und Fahrlässigkeit die Finanzkrise verursacht haben.
- Unterstützt die wachsende Zahl an „Re-Kommunalisierungen“, bei denen privatisierte Dienste in öffentliches Eigentum und Management zurückgeholt werden.
- Verhindert Versuche, das Streikrecht abzuschaffen und den Beschäftigten das Recht zu nehmen, ihre Arbeit vorübergehend niederzulegen – eines der wichtigsten Arbeitsrechte.

- Tritt für das Recht von MigrantInnen und Flüchtlingen ein, Zugang zu grundlegenden öffentlichen Diensten und menschenwürdiger Arbeit zu erhalten.
- Organisiert junge ArbeitnehmerInnen, die vom Mangel an menschenwürdigen Beschäftigungsmöglichkeiten oft am stärksten betroffen sind.

Bei allen diesen Auseinandersetzungen ist die Botschaft der PSI klar: „Gewerkschaften müssen die Möglichkeit haben, zur Förderung der Agenda für menschenwürdige Arbeit an vielen Fronten zu kämpfen und mit Verbündeten in den Gemeinden zusammenzuarbeiten, denn sie bildet die Grundlage für gerechte und gleichberechtigte Arbeitsplätze und stärkt Familien und die Gemeinschaft“, so Rosa Pavanelli, Generalsekretärin der PSI.

Unsere begrenzten, aber doch stetigen Erfolge haben uns gelehrt, dass der Zugang zu universellen, hochwertigen und gender-gerechten öffentlichen Diensten entscheidend ist für eine bessere Welt.

Mit diesem Ziel vor Augen begehen wir den 10. Jahrestag des Welttags für menschenwürdige Arbeit und rufen alle Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen dazu auf, sich dem Kampf der Gewerkschaften anzuschließen und lautstark zu fordern: Menschenwürdige Arbeit für alle!